



Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages
Justiziarin der SPD-Bundestagsfraktion

Abstimmung über den Antrag der Bundesregierung „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO“

Der Abstimmung über die Verlängerung des Mandats für Afghanistan in dieser Woche ging ein intensiver und sehr verantwortungsbewusster Diskussionsprozess innerhalb der SPD voraus. Angefangen mit der ersten Afghanistan-Konferenz im Willy-Brandt-Haus im Januar 2010 haben wir in den letzten 12 Monaten immer wieder in Partei und Fraktion, mit Soldatinnen und Soldaten, zivilen Helferinnen und Helfern, politischen Vertretern aus Afghanistan und natürlich mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Wahlkreisen über den Einsatz am Hindukusch diskutiert.

Die Wahrnehmung des Einsatzes ist dabei sehr unterschiedlich. Mein Eindruck ist, dass das Verständnis der Menschen für die deutsche Beteiligung in Afghanistan und der Rückhalt in der Bevölkerung schwindet – unabhängig von der Rückendeckung für die Soldatinnen und Soldaten vor Ort. Ich kann auch verstehen, dass sich viele nach mehr als zehn Jahren die Frage stellen: Wo führt das noch hin? Ist der militärische Einsatz tatsächlich eine Hilfe für das Land? Führen wir nicht in Wahrheit einen scheinbar endlosen Krieg?

Die Situation in Afghanistan ist nach wie vor schwierig. Soldaten sterben, Regierung, Verfassung und demokratische Institutionen stehen auf wackeligen Beinen, Korruption und Drogenhandel sind an der Tagesordnung, Terror und Angst gehören zum Alltag in dem Land.

Es gibt aber auch eine andere Seite: Spricht man beispielsweise mit Kolleginnen und Kollegen, die Afghanistan besucht haben, oder mit Soldaten, die dort im Einsatz waren, verliert man den Eindruck, es sei ein aussichtsloser Kampf ohne Erfolge. Besonders beeindruckt hat mich persönlich bei der ersten Afghanistan-Konferenz der damalige afghanische Außenminister Dr. Rangin Dadfar Spanta. Er hat auf sehr persönliche Art und Weise von der Entwicklung seines Landes berichtet und sehr eindringlich an die internationale Gemeinschaft und uns Deutsche appelliert, sein Land nicht im Stich zu lassen.

Ich glaube, genau das ist die Gratwanderung, um die es geht: Würden wir gegen die Verlängerung des Mandats stimmen, dann hieße das, dass wir das Land sich selbst überlassen wollen – mit dem Wissen, dass alle Anzeichen uns sagen: Afghanistan ist (noch) nicht bereit, den Aufbau von Recht und Demokratie und den Kampf gegen die Taliban alleine zu stemmen. Und wir signalisieren den

Menschen vor Ort – den Afghanen wie den militärischen und zivilen Helfern – wir glauben nicht mehr an den Erfolg.

Unser Ziel ist es aber, dass das Land nicht erneut zur Basis für den internationalen Terrorismus wird und auch kein Ausgangspunkt für eine zunehmende Unsicherheit und Instabilität der gesamten Region. Vor allem die Situation in der Atommacht Pakistan und der dort wachsende Einfluss radikaler Islamisten bleiben besorgniserregend. Die Begründungen für die deutsche zivile und militärische Unterstützung dieses UN-Einsatzes haben deshalb meiner Meinung nach immer noch Bestand.

Erst eine dauerhaft befriedete Situation und eine Übernahme der Sicherheitsverantwortung durch staatliche afghanische Kräfte kann das Vertrauen in der Bevölkerung und die Möglichkeit zum verstärkten zivilen Aufbau und damit zur dauerhaften Verbesserung der Lebensverhältnisse schaffen. Um diesen vollzogenen Strategiewechsel glaubhaft werden zu lassen und einen entsprechenden politischen Druck zu entfalten, ist allerdings auch ein klarer Zeitplan für die Übernahme der Sicherheitsverantwortung durch die afghanische Regierung und ihre staatliche Armee und Polizei notwendig. Dazu hat Frank-Walter Steinmeier schon im Sommer 2009 ein Papier vorgelegt, das einen konkreten Abzugskorridor nennt. Die beiden Konferenzen im Willy-Brandt-Haus haben seine Position bestätigt – und die Regierung hat das nach langem hü und hott auch endlich eingesehen und in dem nun vorgelegten Mandat berücksichtigt.

Ich finde, der Diskussionsprozess in der SPD hat gezeigt, dass es uns mit der Verantwortung für Afghanistan und unsere Soldatinnen und Soldaten ernst ist. Wir haben unabhängig von der Regierung und dem Streit zwischen Westerwelle und zu Guttenberg schon zu Beginn des vergangenen Jahres konkrete Anforderungen an unsere zukünftige Beteiligung gestellt. Im Kern waren das:

- die Mittel für den zivilen Aufbau zu verdoppeln und die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans voranzutreiben
- mehr Nachdruck auf eine gute Regierungsführung und den weiteren Aufbau staatlicher Strukturen zu legen
- die Ausbildung der afghanischen Armee und Polizei deutlich zu verstärken
- den Prozess der innerafghanischen Versöhnung zu unterstützen und voranzutreiben
- die afghanischen Anrainerstaaten wie Pakistan, Iran, die zentralasiatischen Nachbarländer, aber auch China und die Türkei stärker in eine politische Lösung der afghanischen Konflikte einzubinden
- der schrittweise Abzug des deutschen ISAF-Kontingents, beginnend 2011 und eine Beendigung des militärischen Engagements zwischen 2013 und 2015. Parallel dazu eine schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Streitkräfte.

Blickt man nun zurück auf die Entwicklung der vergangenen Monate, sieht man, dass es 2010 nahezu eine Verdopplung der deutschen Mittel für den zivilen Aufbau Afghanistans auf 430 Millionen Euro gab. Und es gab erhebliche quantitative Fortschritte bei der Ausbildung von afghanischen Soldaten und Polizisten. Allerdings sind kaum Fortschritte im Bereich guter Regierungsführung festzustellen, weder im Einsatz gegen Korruption und den Drogenanbau, noch beim Aufbau der Rechtsstaatlichkeit und flächendeckend tragfähiger Verwaltungsstrukturen. Auch ist die Einbeziehung der afghanischen

Nachbarländer in einen notwendigen Friedensprozess nicht gelungen, bzw. sind bislang keine nachhaltigen Initiativen der Bundesregierung feststellbar, diesen Prozess zu befördern. Wir erwarten hier ein stärkeres Engagement der Bundesregierung!

Die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten haben bei ihrem Gipfeltreffen in Lissabon am 19. und 20. November eine schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Behörden bis zum Jahr 2014 beschlossen. Mit diesem Prozess soll bereits in den kommenden Wochen und Monaten begonnen werden.

Vor diesem Hintergrund ist es aus meiner Sicht geradezu folgerichtig, auch im Laufe dieses Jahres bereits mit dem Rückzug der Bundeswehr zu beginnen. Eine Übergabe der Sicherheitsverantwortung ohne einen Teilrückzug der internationalen Kräfte wäre ein Etikettenschwindel. Ein Verschieben des Abzugsbeginns würde auch den notwendigen Druck auf die afghanische Regierung lockern, schrittweise die Sicherheitsverantwortung in Afghanistan zu übernehmen und damit einen verantwortungsbewussten Abzug insgesamt in Frage stellen.

Die USA werden nach allen vorliegenden Informationen bereits im Juli dieses Jahres mit dem Rückzug ihres im vergangenen Jahr vorgenommen Aufwuchses in Höhe von 30.000 Soldaten beginnen. Dieser Prozess wird sich über mehrere Monate hinziehen.

Insofern war die von der SPD erhobene Forderung, den Beginn des Rückzugs der Bundeswehr im Jahr 2011 im vorliegenden Mandat schriftlich zu fixieren, nur folgerichtig. Die Bundesregierung ist dieser Forderung nachgekommen – wenn auch nur konditioniert. Noch weniger Verständnis als für die vorgenommene Konditionierung habe ich allerdings für die Aussage des Bundesverteidigungsministers, ihm sei die Festlegung auf eine Jahreszahl in Bezug auf einen Rückzugsbeginn gleichgültig. Daraus spricht eine Missachtung des Parlaments, und wir hätten an dieser Stelle eine angemessene Klarstellung durch die Bundeskanzlerin erwartet.

Ich kann nur betonen, was Sigmar Gabriel in der letzten Fraktionssitzung gesagt hat: Die Abstimmung über das Afghanistan-Mandat ist keine Abstimmung über die Bundesregierung oder den Verteidigungsminister. Wir haben uns vielmehr nach einem intensiven Diskussionsprozess eine Position erarbeitet, die die Grundlage unserer Entscheidung ist. Deshalb stimme ich dem vorliegenden Mandat zu. Ich will dem von uns initiierten Strategiewechsel eine Chance zu geben.

Berlin, 28. Januar 2011